

Antrag Nr. 04-F-03-0042

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreff:

Bebauungsplanentwurf "Ehemalige Hauptpost" - 2. Ä. - 04-V-61-0028
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.05.2004 -

Antragstext:

Der Ausschuss möge beschließen:

Die 2. Änderung des Bebauungsplanes "Ehemalige Hauptpost" vernachlässigt noch stärker als die vorherigen Planungsstufen den öffentlichen wie den Radverkehr im Umfeld der Planung und setzt einseitig auf die verkehrliche Anbindung durch den Individualverkehr. Weder liegt ein Konzept zur Optimierung des bestehenden ÖPNV-Systems, geschweige zu einer Ausweitung der öffentlichen Verkehrsanbindung, noch zur Sicherung einer durchgängigen Radverkehrsverbindung verbunden mit der Neuordnung des Straßenraums vor.

Der Magistrat wird daher aufgefordert im Bebauungsplan eine durchgängige Geh- und Radverbindung zwischen Bahnhofsvorplatz, Einkaufszentrum und der Fischerstraße sicher zu stellen, die für Fahrradfahrer ohne Absteigen zu befahren ist. Dabei sollte auf den Beschluss Nr. 0027 vom Ortsbeirat Südost Bezug genommen werden, in dem die Herstellung der städtebaulichen Achse Biebricher - und Adolfsalle durch Rücknahme der Baukörper an der Biebricher Allee verbunden mit der Anlage eines Rad- und Gehweges in den frei gewordenen Flächen gewünscht wird. Ergänzend ist die Herstellung einer Rampe zwischen Bahnhofsvorplatz und Fischerstraße denkbar, die auch von Personen mit Rollstuhl komfortabel und von Fahrradfahrern ohne Absteigen benutzt werden kann.

Des Weiteren ist eine verkehrsplanerische Konzeption gemäß Umweltbericht (Seite 18) im Hinblick auf die Neuordnung des Straßenraums, Optimierung und Attraktivitätssteigerung des ÖPNV sowie des Fuß- und Radwegenetzes vorzulegen, aus der u.a. hervorgeht:

- welches zusätzliche Verkehrsaufkommen (Anzahl tägliche Ein- und Ausfahrten) durch das Projekt bzw. die Errichtung von 1.500 Stellplätzen zu erwarten ist;
- wie diese Verkehrszuwächse gleichberechtigt für alle Verkehrsteilnehmer im Umfeld abgewickelt werden sollen;
- wie die vom Ortsbeirat geforderte Verkehrsberuhigung der Fischer- und Breitenbachstraße vor allem während der Bauzeit gewährleistet ist;
- dass die Erschließung des Gebiets entgegen den Aussagen des Verkehrsgutachtens (Seite 11, Punkt 3.1) ohne Wegfall der baumbestandenen Mittelinsel in der Biebricher Allee, d.h. gemäß den Darstellungen des Bebauungsplanes gesichert ist.

Begründung:

Wiesbaden, 12.05.2004

Gez. Claus-Peter Große
Planungspolitischer Sprecher

F.d.R. Heike Fenn
Fraktionsgeschäftsstelle